

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft



Energiewende Deutschland. Wo stehen wir heute?

November 2021



Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg
- IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Sie vertritt rund 495.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Energiewende Deutschland. Wo stehen wir heute?



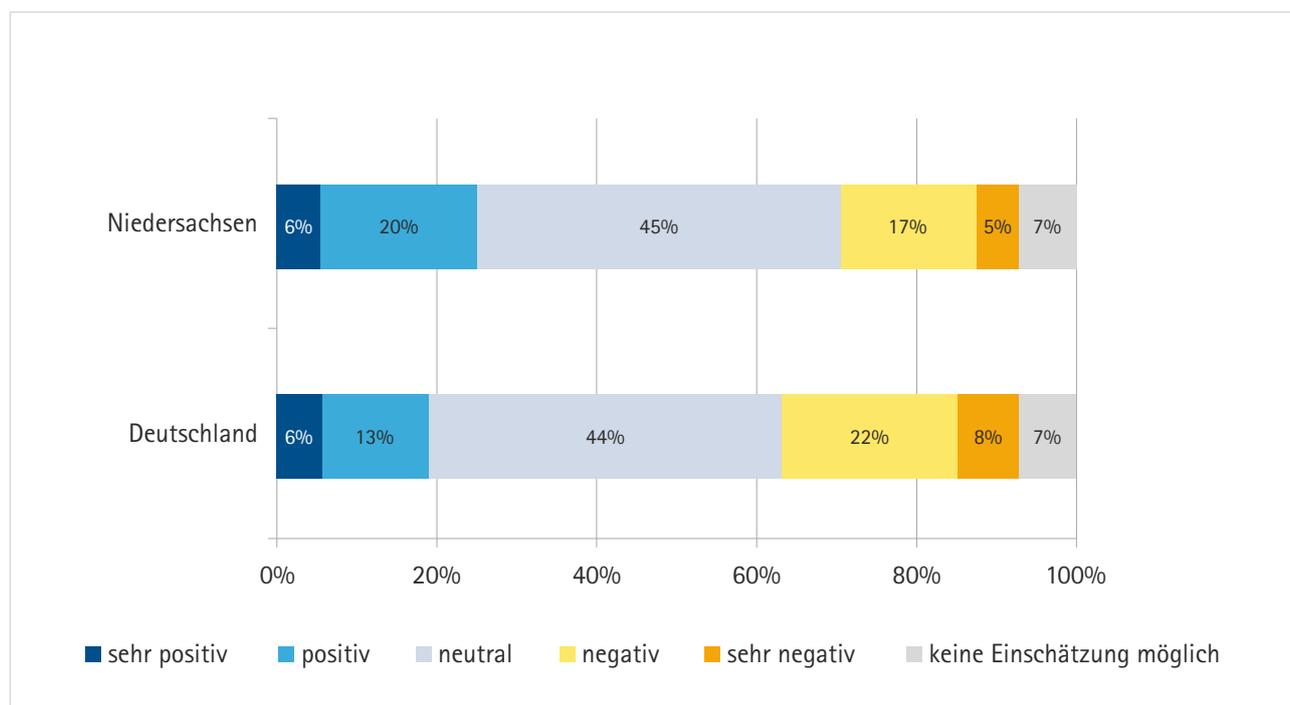
Unser Energiesystem befindet sich mitten im Umbruch. Kernenergie und fossile Energien fallen als Erzeugungskapazitäten im Inland sukzessive weg, dafür sollen Erneuerbare Energien (EE) stärker ausgebaut werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind schon jetzt für die Unternehmen zu spüren, auch wenn Niedersachsen im bundesweiten Durchschnitt weniger pessimistisch auf diese Entwicklungen schaut. Das zeigen jetzt die aktuellen Zahlen des DIHK Energiewendebarmeters, an dem sich bundesweit knapp 2600 Unternehmen beteiligten, 342 davon aus Niedersachsen. Dennoch zeigen sich auch die Herausforderungen anhand der formulierten Forderungen an die Politik. Diese signalisieren den deutlichen Handlungsdruck auf die neue Bundesregierung.

Der IHKN Fokus Niedersachsen „Energiewende Deutschland. Wo stehen wir heute?“ beleuchtet die niedersächsischen Ergebnisse der DIHK-Umfrage Energiewendebarmeter für Niedersachsen und zeigt Handlungsempfehlungen auf.





Niedersachsen leicht zuversichtlicher als der Bundesdurchschnitt



Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit

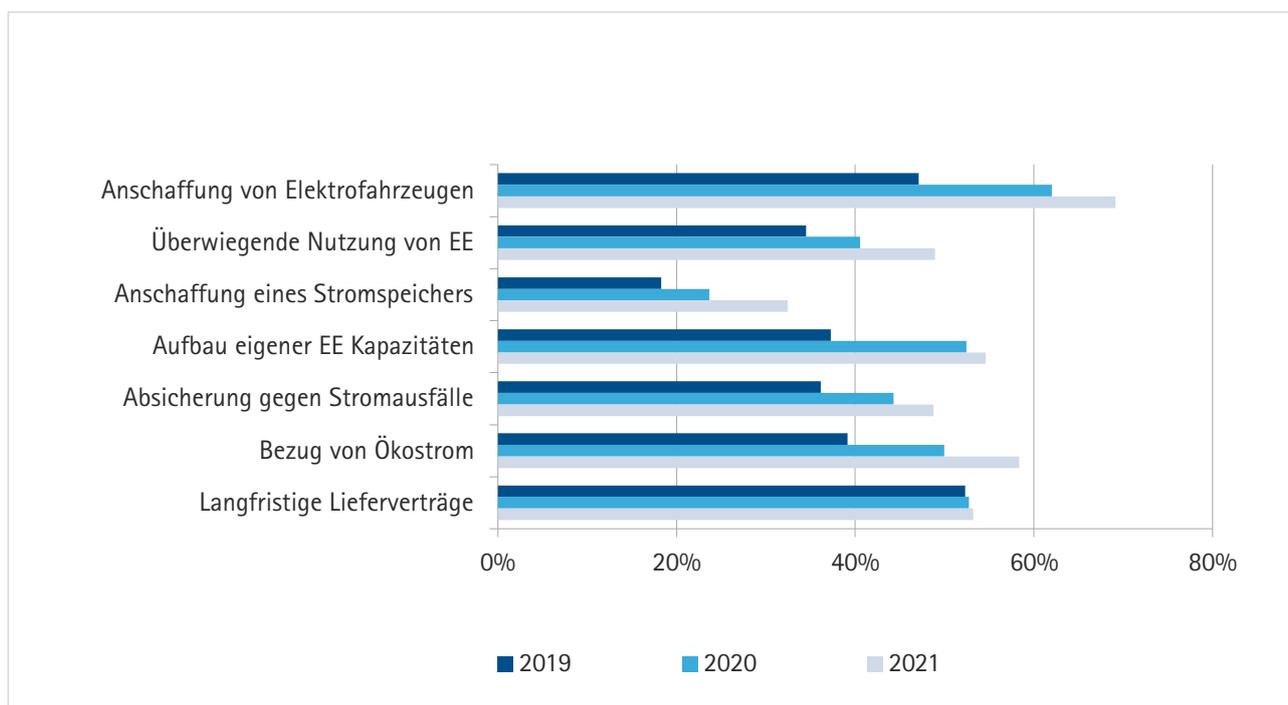
Quelle: DIHK-Energiewendebarmeter 2021, Auswertung für Niedersachsen

Die Energiewende ist mit Chancen und Risiken verbunden, die sich regional unterschiedlich bemerkbar machen. Das zeigen jetzt die Daten des Energiewendebarmeters des DIHK. Die 342 niedersächsischen Unternehmen, die an der Umfrage teilnahmen, sehen im bundesweiten Vergleich tendenziell eher die Chancen. Etwa 25 Prozent der Befragten sehen die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit positiv bis sehr positiv. Dagegen stehen 22 Prozent der Umfrageteilnehmenden, die diese negativ bis sehr negativ einschätzen. Auf Bundesebene ist das Stimmungsbild deutlich schlechter: Hier beurteilen 19 Prozent der befragten Unternehmen positiv bis sehr positiv und 30 Prozent negativ bis sehr negativ.

Dennoch hat der Anteil der Strom- und Energiekosten, sowohl bei den befragten niedersächsischen Unternehmen, als auch bundesweit weiter zugenommen. Die Energiekosten liegen nur noch bei 61 Prozent der Unternehmen in Niedersachsen unter 4 Prozent des Umsatzes. Bei über einem Viertel sind es zwischen 4 und 14 Prozent, bei über einem Zehntel sogar 14 Prozent und mehr des Umsatzes.



Versorgungssicherheit auch durch Aufbau eigener Kapazitäten



Maßnahmen laufend, realisiert oder geplant

Quelle: DIHK-Energiewendebarmeter 2021, Auswertung für Niedersachsen

Im Zuge des Ausstiegs aus der Kernenergie im Jahr 2022 und dem Abschalten der Kohlekraftwerke Ende 2038 spielt das Thema Versorgungssicherheit eine große Rolle. Die Bedeutung der Versorgungssicherheit für Unternehmen und Betriebe nimmt in dem Maße zu, in dem die neue Bundesregierung möglicherweise ein früheres Ende der Kohleverstromung verabreden sollte. Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen aus Niedersachsen gibt an, bereits langfristige Lieferverträge abgeschlossen zu haben oder einen Abschluss dieser zu planen.

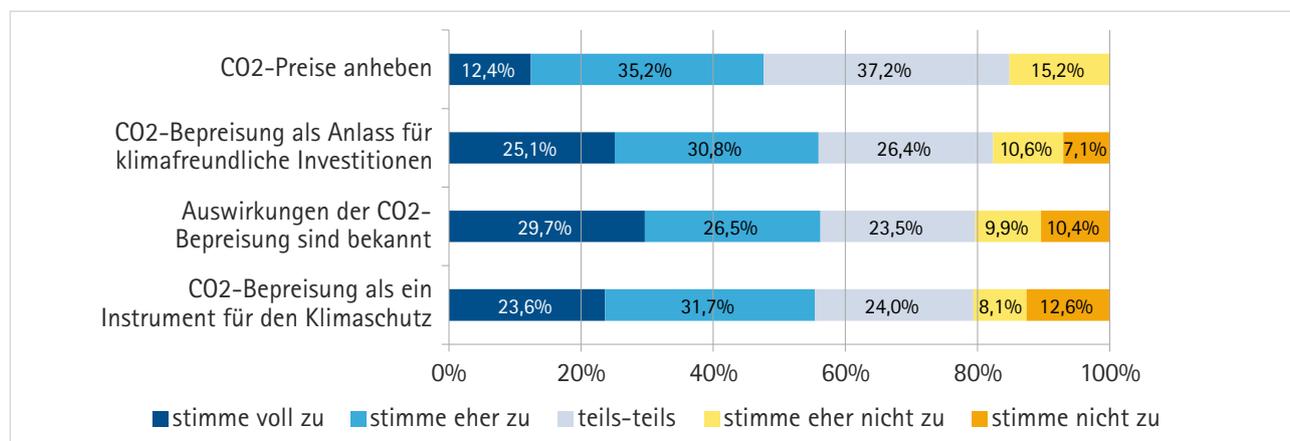
Ein ebenso großer Anteil der Befragten hat bereits in den Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten investiert, die Hälfte dieser Vorhaben ist bereits realisiert worden. Seit 2019 steigern sich die geplanten Vorhaben zudem sukzessive um durchschnittlich 3 Prozentpunkte. Auch die Absicherung gegen Stromausfälle wird immer wichtiger. In diesem Jahr beschäftigt sich schon die Hälfte der befragten Unternehmen mit diesem Aspekt.



Niedersachsens Wirtschaft als Motor der Energiewende

Die niedersächsischen Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Klimawandel bewusst und setzen vermehrt auf unterstützende Instrumente. So steigen sukzessive die Planungen und Realisierungen bezüglich der Anschaffungen neuer Elektroautos (2019 zu 2021: plus 22 Prozent), der überwiegenden Nutzung Erneuerbarer Energien (2019 zu 2021: plus 15 Prozent) und der Anschaffung eines Stromspeichers (2019 zu 2021: plus 14 Prozent). Die Inanspruchnahme langfristiger Lieferverträge, der sogenannten Power Purchase Agreements (PPA), scheint nicht weiter an Popularität gewonnen zu haben und stagniert bei ähnlichen Werten wie in den Vorjahren (2019 zu 2021: plus 1 Prozent). Deutlich wird bei dieser Betrachtung, dass die niedersächsische Wirtschaft immense Investitionen zu stemmen hat, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen

CO₂-Bepreisung



Quelle: DIHK-Energiewendebarmeter 2021, Auswertung für Niedersachsen

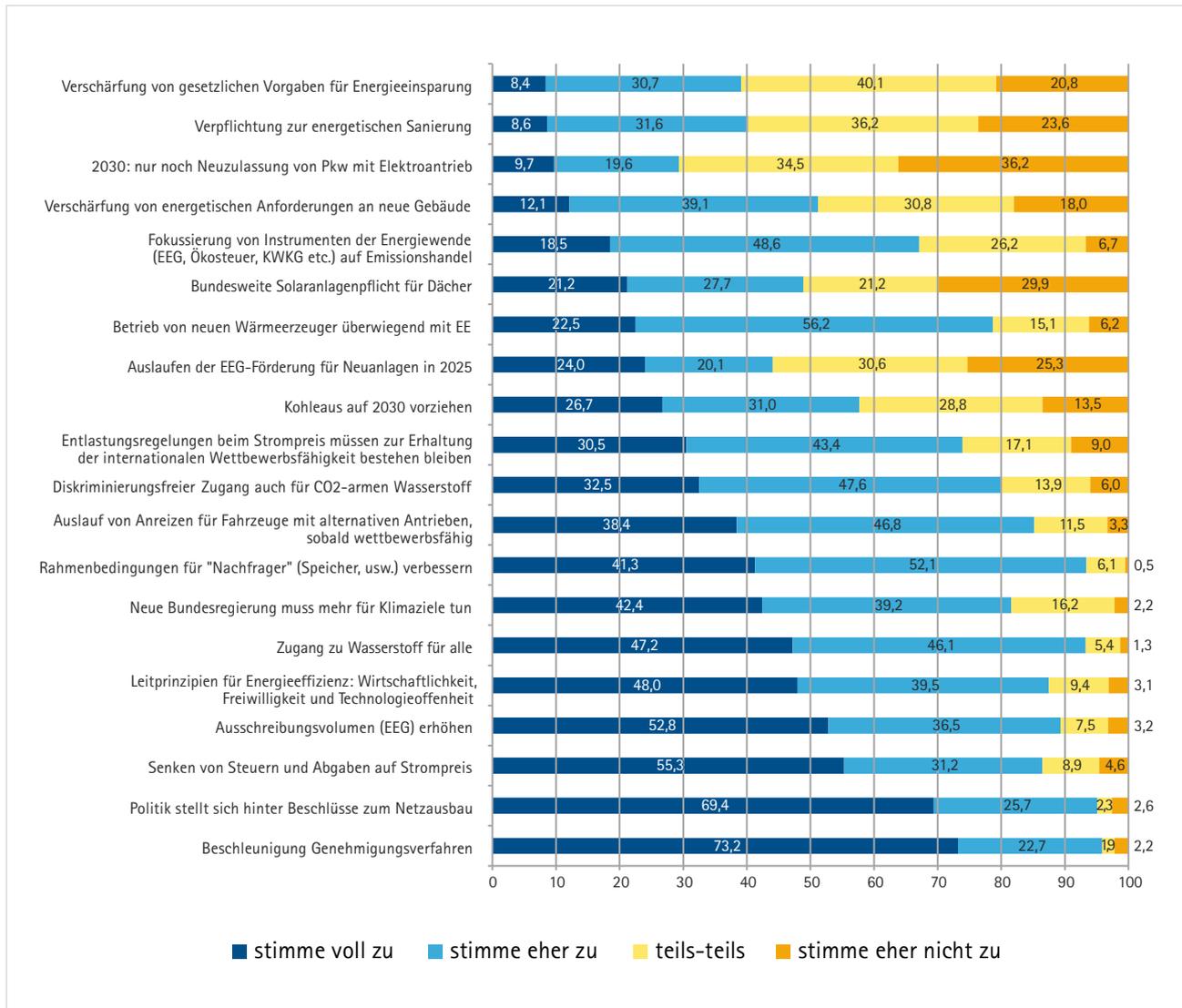
Die Verunsicherungen bezüglich der Auswirkung der CO₂-Bepreisung sind weiterhin sichtbar. Im Vorjahr lag der Anteil derer, denen die Auswirkungen der CO₂-Bepreisung bewusst war (stimme voll zu und stimme eher zu) zwar um 6 Prozent niedriger als in diesem Jahr, dennoch sind rund 18 Prozent der Befragten unsicher, welche Auswirkungen der CO₂-Preis auf Entlastung und Belastung des Unternehmens hat. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass steigende Kosten unmittelbare Auswirkungen auf die aktuelle und zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft haben. Europaweit ist der Strompreis in Deutschland seit 2013 auf Platz zwei, seit 2019 auf Platz eins der teuersten Strompreise.¹

Die BEHG Carbon Leakage Verordnung zur Verhinderung der Abwanderung von Produktionskapazitäten ins Ausland stellt jedoch für die Hälfte der befragten niedersächsischen Unternehmen keine ausreichend hohe Entlastung dar. Die Konsequenz daraus scheint mehrheitlich die Kostenweitergabe an die Kunden (45 % geplant, laufend oder realisierte Maßnahme) und weniger die Abwanderung ins Ausland (6 % geplant, laufend oder realisiert) zu sein.

Dies scheint auch deutschlandweit momentan der Trend zu sein, wobei vor allem die Industrie hier besonders mit der Maßnahme der Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland liebäugelt: Rund 11 Prozent der befragten Industrieunternehmen in Deutschland haben dies bereits realisiert oder setzen diese Maßnahme derzeit um, 9 Prozent planen diesen Schritt. Diese Tendenz muss die neue Bundesregierung bei der Formulierung neuer Ziele und Maßnahmen berücksichtigen. Ein Abwandern von Produktionskapazitäten – und ein möglicherweise damit verbundener Carbon Leakage-Effekt – muss verhindert werden, um Investitionen und Innovationen in Niedersachsen zu halten.

¹ Eurostat <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-datasets/-/TEN00117>

Forderungen an die Politik

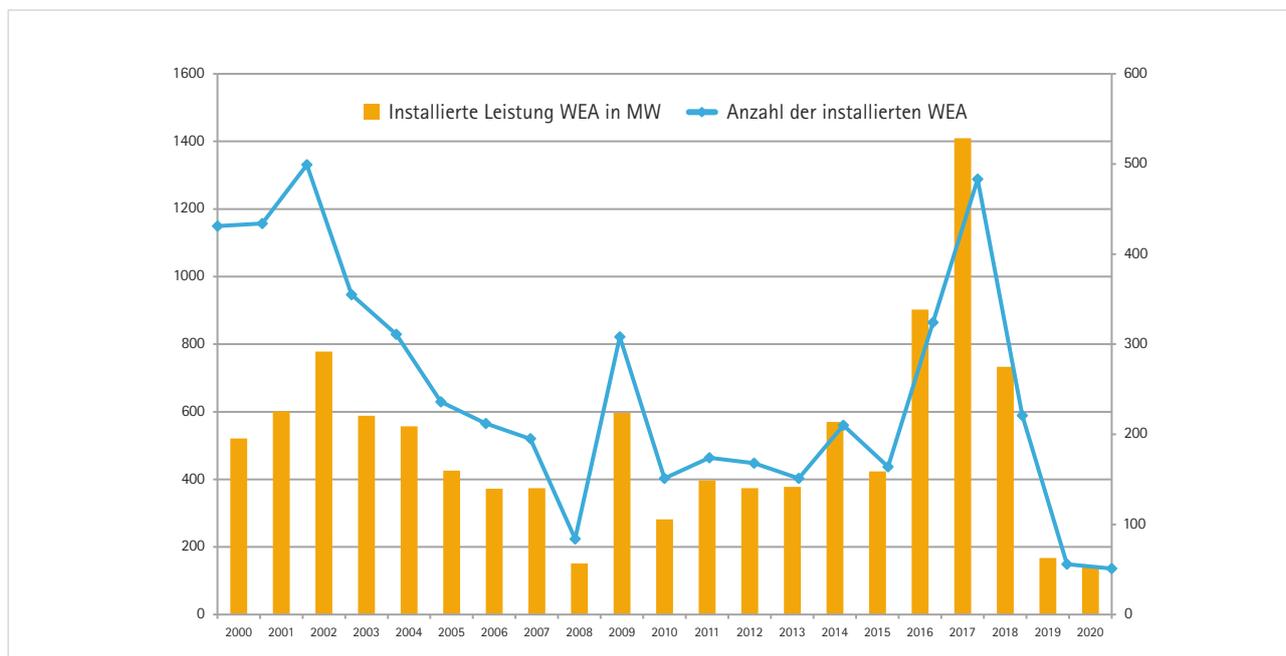


Empfehlungen der niedersächsischen Wirtschaft

Quelle: DIHK-Energiewendebarmometer 2021, Auswertung für Niedersachsen

Für die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende wünschen sich die Unternehmen mehr Einsatz von der Politik in den Bereichen Netzausbau und Versorgungssicherheit. Das sieht man deutlich an den Top-Forderungen der Befragten:

Insgesamt 96 % der Befragten stimmten der Forderung nach Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Übertragungsnetzausbau eher oder voll zu. An zweiter Stelle steht der Appell an die Politik, sich geschlossen hinter die Beschlüsse zum Ausbau des Stromnetzes zu stellen. Hier kreuzten 95 Prozent der Befragten an, voll oder eher zuzustimmen. Die signifikante Beschleunigung von Plan- und Genehmigungsverfahren ist somit eine der wichtigsten Forderungen der niedersächsischen Wirtschaft an die neue Bundesregierung.



Anzahl (blau) und Leistung (orange) des Windenergieanlagen (WEA)-Zubaus in Niedersachsen laut Marktstammdatenregister

Quelle: DIHK-Energiewendebarmeter 2021, Auswertung für Niedersachsen

Von großer Bedeutung sind hier die Forderungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die mittlerweile 6. Novellierung des EEGs trat in diesem Jahr in Kraft. Das Ziel des im Jahr 2000 erstmals veröffentlichten Gesetzes war ursprünglich, die Netzparität durch festgeschriebene Vergütungen pro eingespeiste Stromeinheit der Erneuerbaren Energien herzustellen. Die Kosten dafür sollten sich beim Verbraucher wiederfinden (EEG Umlage). Diese Umlage soll nun sukzessive gesenkt und schließlich abgeschafft werden. Einige Novellen enthielten Finanzdeckel für spezifische Technologien (z. B. Photovoltaik-Deckel 2012, Deckel für Windenergie und Biomasse 2014, Beginn der Wirkung 2016). Seit der vorletzten Novellierung (EEG 2017) wurde zudem die Ausschreibungspflicht eingeführt. Seitdem muss für jede zu installierende Leistung, die über das EEG gefördert werden soll, ein Gebotswert abgegeben werden. Dieser enthält einen Preis in Cent pro kWh für die Leistung der genehmigten Anlage.

Ursprünglich sollte mit der Einführung der Ausschreibungspflicht sichergestellt werden, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien dynamisch erfolgt und zeitgleich mit dem Netzausbau synchronisiert werden kann. Jedoch lässt sich seit Einführung der Ausschreibungspflicht – vor allem bei den Windenergieanlagen in Niedersachsen (und auch bundesweit) – beobachten, dass der Ausbau massiv zurückging, wie die Grafik oben zeigt.

Der größte Teil der niedersächsischen Wirtschaft hält es für richtig, die EEG-Förderung auslaufen zu lassen und stimmt deshalb mit 44 Prozent dieser Forderung eher oder voll zu. Fast ein Drittel der Befragten war jedoch sehr unsicher und votierte deshalb nur mit „teils-teils“. Gleichzeitig fordern fast 90 % der Befragten der niedersächsischen Wirtschaft eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens im EEG.

Was ist zu tun?

Energiewende braucht einen verlässlichen Rahmen

Niedersachsen als Windenergieland Nummer 1 musste in den letzten Jahren in dieser Branche harte Einschnitte verkraften. So wurden im ersten Halbjahr 2020 lediglich 20 Windenergieanlagen (WEA) neu errichtet. Zum Vergleich: 2017 gab es noch 479 Neuinstallationen von Windenergieanlagen (s. IHKN Fokus Niedersachsen „Windenergie an Land – wie geht es weiter?“, [IHKN_Fokus06 Windenergie.cdr \(ihk-n.de\)](#) Dezember 2020). Es ist wichtig, dass die Politik Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich der Erneuerbaren Energien transparent gestaltet und vereinfacht.

Transparenz bei der CO₂-Bepreisung

Ein Großteil der Unternehmen ist sich laut Umfrage des DIHK der Auswirkungen dieser Bepreisungsstrategie auf ihr Geschäftsfeld nicht direkt bewusst. Hier gilt es, eine gezielte Aufklärungsarbeit zu leisten und das Regelwerk transparenter zu gestalten. Schließlich darf die CO₂-Bepreisung nicht die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gefährden, sondern sollte vielmehr dazu führen, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien sich positiv auf die Wirtschaft auswirkt.

Infrastruktur für Energieträger schaffen und ausbauen

Eine verlässliche Energieversorgung fußt auf einer Bandbreite an Infrastruktur. Die Umstellung von fossilen Energieträgern hin zu Erneuerbaren Energien, bringt auch die Herausforderung des Ausbaus peripherer Infrastruktur mit sich. Hier gilt es einerseits verlässliche Regelungen für Infrastrukturen zu finden, die schon vorhanden sind und in absehbarer Zeit redundant werden (z. B. L-Gas-Leitungen nach vollendeter Marktraumumstellung) und andererseits Infrastrukturen weiter und zügig auszubauen, um die volatilen Erneuerbaren Energien optimal nutzen zu können. Nur so kann gewährleistet werden, dass alternative Energieträger, wie z. B. Wasserstoff, diskriminierungsfrei allen potenziellen Verbrauchern offen stehen.

Entlastungen bei den Stromkosten

Bei 71 Prozent der niedersächsischen Unternehmen sind die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2020: 21 Prozent). Die Kompensation dieser Steigerungen scheint nicht zu funktionieren, denn auch der Anteil der Energiekosten am Umsatz steigt weiter bei den niedersächsischen Unternehmen. Hier muss die Politik dringend mit einer Senkung auf Steuern und Abgaben auf den Strompreis reagieren.

Energieeffizienz ist und bleibt Top Thema

Wie auch der Fokus „Klimaschutz mit der Wirtschaft“ aus dem Oktober 2021 zeigt, die Steigerung der Energieeffizienz ist und bleibt ein wichtiges Thema bei den niedersächsischen Unternehmen. Die Bereitschaft der niedersächsischen Wirtschaft, Energie einzusparen und Prozesse zu Gunsten der besseren Energieeffizienz zu optimieren, ist weiterhin hoch. Hier muss die Politik darauf achten, dass die Leitprinzipien Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit für diese Maßnahmen erhalten bleiben.

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft

November 2021

Ihr Ansprechpartner:

Hartmut Neumann
Federführung Energie

IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 04921 890 126

Telefon 0511 920 901 10

Fax 0511 920 901 11

E-Mail hartmut.neumann@emden.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: PopTika / Shutterstock
Seite 1: ©Urheber: Zyabich / Shutterstock

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 495.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: www.ihk-n.de/Publikationen auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.





IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0511 920 901 10
Fax 0511 920 901 11

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de